

6. Transdisziplinäre Grundlagen

Rogall
2017

Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

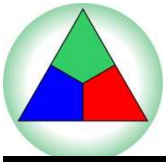
6.1 Naturwissenschaftlich-technische Grundlagen

6.2 Rechtliche Grundlagen der Nachhaltigen Entwicklung

6.3 Umweltpolitik: Prinzipien und Akteursanalyse

Stand: 15.07.2016





Disziplinen der sustainable Science

Rogall
2017



Nachhaltige Ökonomie (gesamtwirtschaftlich):

.....



Nachhaltigkeitsmanagement (früher: Umweltmanagement)

.....



Volkswirtschaftslehre:



Politikwissenschaften u. Soziologie:



Rechtswissenschaften:.....

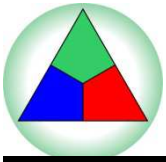


Weitere Sozial- und Geisteswissenschaften

.....



Naturwissenschaften und Technik:.....



Naturwissenschaftlich-technische Grenzen

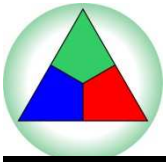
Rogall
2017

Zweiter Hauptsatz der Thermodynamik

- → Bei jedem Umwandlungsprozess gelangt Energie in eine niedrigere Energieform (Strom → Wärmeenergie), am Ende in nicht mehr nutzbare Umgebungswärme.
 - Energie kann nicht wiedergewonnen (recycelt) werden
 - Sind alle Energieträger verbraucht droht der Kältetod.

Gesetz vom Verlust von Stoffen bei der Produktion

- Auch die 100% Wiedergewinnung von Stoffen ist nicht möglich
- Ende der Menschheit unabänderlich (Georgescu-Roegen) ??
Nein erneuerbare Ressourcen können langfristig aufhalten



Medizinische-ökotoxikologische Grundlagen

Rogall
2017

Zur Festlegung von **Umweltstandards** und Grenzwerten bedarf es Kenntnisse über:



Wirkungen der Schadstoffe



Dosis-Wirkung-Beziehung:

➤ Grenzwert für Schädigungen oder

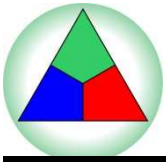
➤ Schadstoffe ohne Grenzwerte (z.B. kanzerogene Stoffe).



Da eine Nullemission oft **nicht**, oder nur unter hohen Kosten möglich ist, können Grenzwerte (z.B. für kanzerogene Stoffe) nicht von Naturwissenschaftlern festgelegt werden.



Ziel: Umweltstandards, die Risiken minimieren



Umweltschutztechniken - Technikfelder

Rogall

2017

1) Grundlagen &
Leitbild

2) Energie- u.
Klima

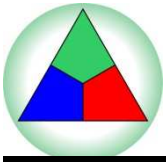
3) Immissions-
schutz

4) Nachhaltiges
Wasserwirtschaft:

- Abwasser &
Trinkwasser

5) Bodenschutz
& Altlasten

6) Nachhaltige
Ressourcenwirt
schaft



Erfolge u. Grenzen nachsorgender Techniken

Rogall

2017



Die durch die Umweltschutzgesetze der 1970er u. 80er Jahre initiierten Investitionen in nachsorgende Umweltschutztechniken (z. B. Filteranlagen), haben in einigen Umweltbereichen Verbesserungen erzielt

Grenzen nachsorgender Umwelttechniken:



1) Belastungen werden **verlagert** (Filter müssen entsorgt werden),



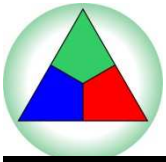
2) Für einige Emissionen & Schadstoffe ex. *keine Rückhaltetechniken*



3) Aspekt des Verbrauchs wird nicht berührt (Rohstoffverbrauch)



4) Techniken sind gesamtwirtschaftl., teilweise einzelwirtschaftl. *ineffizient*.



6. Transdisziplinäre Grundlagen

Rogall
2017

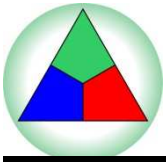
Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

- 6.1 Naturwissenschaftlich-technische Grundlagen
- 6.2 **Rechtliche Grundlagen für nachhaltiges Wirtschaften**
- 6.3 Umweltpolitik: Prinzipien und Akteursanalyse





6.2 Rechtliche Grundlagen

Rogall
2017



Alle sozial-ökologische Leitplanken benötigen eine gesetzliche Grundlage. Dabei genießt das EU-Recht Vorrang vor nationalem Recht
➔ es ist auch national verbindlich (grundsätzlich sogar Verfassung)



EU- Recht:

1. **Oberste Rechtsquellen (Primärrecht)** : EU-Verträge, z.B. **Vertrag über die Arbeitsweise der EU (AEUV)**

2. **Sekundärrecht:** a) **Verordnungen (engl. Regulations):**

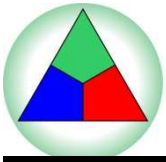
Unmittelbar geltendes Recht für alle Bürger und Institutionen

b) **Richtlinien (engl. Directives):** Verpflichten die Mitgliedstaaten, bestimmte Anforderungen in nationales Recht umzusetzen.

Richtlinien existieren heute in praktisch allen Rechtsgebieten.



Nationales Recht: a) Verfassung, b) Gesetze, c) Verordnungen.



Rechtliche Grundlagen - Deutschland

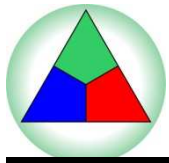
Rogall
2017

Alle Gesellschaftsmitglieder & ihre Organisationen unterliegen den **gleichen** verfassungsrechtlichen **Strukturbestimmungen**.

Diese Aussage gilt auch für Glaubensgemeinschaften & Wirtschaftsakteure. Sie können sich **nicht auf eigene Gesetze** berufen.

Die deutschen **Staatszielbestimmungen** bzw. die *verfassungsrechtlichen Grundprinzipien* werden im Grundgesetz in den Artikeln 20 GG und Art. 20 a GG fixiert und in weiteren Artikeln konkretisiert.

Danach ist die Bundesrepublik Deutschland ein **demokratischer** und **sozialer Bundesstaat**. Weiterhin schützt der Staat *auch in Verantwortung für künftige Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen* (**Nachhaltigkeitsprinzip**).



Staatsstrukturbestimmungen nach dem Grundgesetz

Rogall
2017

Demokratie

Ökologischer
Sozialstaat

Republik &
Bundesstaat

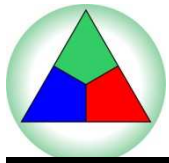
Rechtsstaat

Demokratie

- 1) **Volkssouveränität**
- 2) **Mehrheitsentscheidungen:**
Wahl der Parlamente, Mehrparteiensystem
- 3) **Freiheits- u. Menschenrechte:** Freiheitsrechte der Einzelnen statt Diktatur der Mehrheit
- 4) **Gewaltenteilung:** Legislative, Exekutive, Judikative

**Ökologischer
Sozialstaat**
(Nachhaltig-
keitsprinzip)

- Eingriffsverpflichtung des Staates bei **Marktversagen**
(Schutz der natürlichen und sozialen Standards)



Staatsstrukturbestimmungen nach dem Grundgesetz

Rogall
2017

Demokratie

Ökologischer
Sozialstaat

Republik &
Bundesstaat

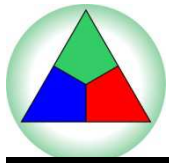
Rechtsstaat

**Republik &
Bundesstaat**
(Föderalismus)

- 1) Länder mit eigenen **Haushalten** und **Verwaltungen**,
- 2) **Unterteilung** in ausschließliche, konkurrierende & rahmensetzende Gesetzgebung,
- 3) Vertretung der Länder im Bundesrat

Rechtsstaat

- 1) **Rechtshierarchie: Vorrang von Verfassung** und Gesetz vor Verordnungen
- 2) **Vorbehalt des Gesetzes:** Bindung der Exekutive an die Gesetze
- 3) **Rechtsschutz:** Überprüfung staatlicher Handlungen auf Vorhersehbarkeit, Rechtssicherheit, Vertrauensschutz, Verhältnismäßigkeit



Rechtshierarchie des nationalen Umweltschutzrechts

Rogall
2017

Rechtswerk

- 1) **Verfassung**
Eigentumsrecht u. Sozialbindung des Eigentums (Art. 14,1 u. 2)
Schutz der natürl, Lebensgrundlagen (20a)
- 2) **Gesetze:**
z.B. Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
- 3) **Verordnungen:**
z.B. Verpackungsverordnung
- 4) **Verwaltungsvorschriften:**
Richtlinien, Technische Anleitungen (z.B. ModInstRl., TA-Luft)
- 5) **Technische Regelwerke:**
z.B. DIN-Normen, VDI-Richtlinien

Zuständigkeit

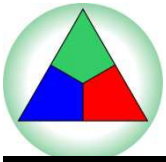
Legislative

Legislative

Exekutive auf Grundlage
eines Gesetzes

Exekutive, formal ohne
Außenwirkung, urspr.
zur Regelung v. Details

Anerkannte Verbände



Bewertung möglicher Zielkonflikte

Rogall
2017

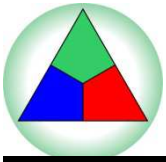
Zielkonflikte zwischen den Grundrechten

- z.B. Eigentumsgarantie Art. 14 GG ⇔ Nachhaltigkeitsprinzip
- Brisant, wenn verfassungsrechtliche Prinzipien mit Willen des Souveräns temporär kollidieren (Freiheit des Einzelnen ⇔ Gemeinwohl)
- In Zukunft: Veränderung der Rahmenbedingungen
→ Freiheitsrechte zukünftiger Generationen sichern

Der Vorwurf, politisch-rechtliche Instrumente = Freiheitsbegrenzung

- Zynisch, als ob Schul-/Sozialversicherungspflicht = Freiheitsbegrenzung.

Jede freie Gesellschaft benötigt einen Rahmen, der die Freiheit *aller* garantiert, damit JEDER Mensch nicht nur theoretisch menschenwürdig leben *könnte*, sondern es tatsächlich auch *kann*.



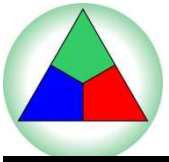
Zwischenfazit: Umsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips

Rogall
2017

„Die Bewertung ergab, dass eine an Nachhaltigkeit orientierte Politik (...) nicht auf verfassungsrechtliche Hindernisse stößt. Art. 20 a GG verleiht der Zielsetzung sogar eine besonders herausgehobene Stellung. (...)“

Eine derartige Strategie kann im Geflecht des europäischen und internationalen Rechts aber nur noch zu gewissen Anteilen national ausgearbeitet und praktiziert werden.

Die Umweltpolitik ist aufgefordert, die ‚internationale Bühne‘ als Handlungsrahmen verstärkt wahrzunehmen. Das gilt nicht nur für ‚klassische‘ Umweltabkommen, sondern auch und besonders für das Welthandelsrecht, mit dem insbesondere der produktbezogene Umweltschutz in Konflikt geraten kann.“ (Klinski 2000: 512).



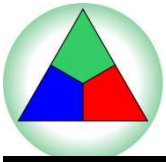
Eigentumsrecht

- freie Entfaltung der Persönlichkeit (Vertragsfreiheit), Eigentumsrecht:
➔ **zentrale Verwaltungswirtschaft mit ausschließlichem Staatseigentum an Produktionsmitteln ist ausgeschlossen**

Regeln und Grenzen

- Verfügungsgewalt über das Eigentum unterliegt Regeln und Grenzen:
 - „Eigentum verpflichtet“ (Art. 14 Abs. 2 GG)
 - Auch Enteignung möglich
➔ **reine Marktwirtschaft ("Nachtwächterstaat") ausgeschlossen**

➔ Begriff „freie“ Marktwirtschaft ist irreführend
Besser: Nachhaltige (sozial-ökologische) Marktwirtschaft

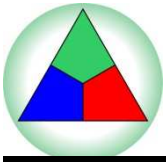


Nachhaltigkeit/Umweltschutz in der Verfassung

Rogall

2017

-  Im Art. 20a GG wird der Gesetzgeber angewiesen die natürlichen Lebensgrundlagen *auch für die künftigen Generationen* zu bewahren. Aber nachhaltiges Wirtschaften wird nicht als Ziel oder Recht formuliert.
-  Auch die Art. 2 (2) „Körperliche Unversehrtheit“ u. Art. 14 „Eigentum“ sind als Grundlage nur bedingt tauglich.
-  Das ist aber bedeutungslos, weil es keiner Aufnahme des Nachhaltigkeitsprinzips um eine Politik der Nachhaltigkeit vor dem Grundgesetz zu legitimieren (Klinski). Das GG ist mit ihren Grund- und Menschenrechten, sowie den Strukturbestimmungen (Demokratie-, Sozial- und Rechtsstaatsgebot) offen für eine an den Prinzipien der Nachhaltigkeit ausgerichteten politischen Steuerung.

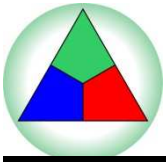


Nachhaltigkeit in der Verfassung

Rogall

2017

-  Im Art. 20a GG wird der Gesetzgeber angewiesen die natürlichen Lebensgrundlagen *auch für die künftigen Generationen* zu bewahren.
-  Nicht erwähnt ist die *intragenerative* Gerechtigkeit.
➔ Nachhaltigkeit wird nicht vollständig abgebildet.
-  Das ist praktisch bedeutungslos, weil es einer ausdrücklichen Aufnahme des Nachhaltigkeitsprinzips in die Verfassung nicht bedarf, um eine Politik der Nachhaltigkeit vor dem Grundgesetz zu legitimieren.
-  Das GG ist mit ihren Grund- und Menschenrechten, sowie den Strukturbestimmungen (Demokratie-, Sozial- und Rechtsstaatsgebot) offen für eine an den Prinzipien der Nachhaltigkeit ausgerichteten politischen Steuerung.



Agenda

Rogall
2017

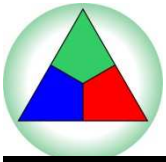
Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

- 6.1 Rechtliche Grundlagen der Nachhaltigen Entwicklung
- 6.2 Naturwissenschaftlich-technische Grundlagen
- 6.3 **Umweltpolitik: Prinzipien und Akteursanalyse**





Umweltschutzpolitik

Rogall
2017

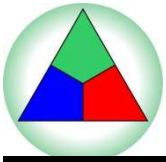


erstes Umweltprogramm der Bundesregierung von 1971:



Heute um Nachhaltigkeit erweitert.

Def.: Umweltpolitik ist die Gesamtheit der Maßnahmen, die notwendig sind, um die Umweltbelastungen auf ein unschädliches Maß **zu verringern** und für eine **gerechte Verteilung** der natürlichen Ressourcen für alle Menschen und die nachfolgenden Generationen zu sorgen (d.h. erhalten).



Prinzipien der klassischen Umweltpolitik

Rogall
2017

1) Verursacherprinzip

- Früher nur bedingt
- Jeder der einen Schaden verursacht muss für seine Beseitigung und seine Folgekosten aufkommen

2) Vorsorgeprinzip

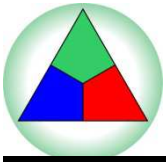
- Maßnahmen sollen an der Quelle ansetzen

3) Kooperationsprinzip

- Betroffene sollen beteiligt werden
- formell: Anhörungen, informell: Lobbyarbeit

Gemeinlastprinzip ist **KEIN ANERKANNTES PRINZIP**

- Öffentliche Hand wird nur dann tätig, wenn gehandelt werden muss, der Verursacher aber nicht greifbar ist



Probleme bei der Durchsetzung des Verursacherprinzips

Rogall
2017

Identifizierung des Verursachers
(Komplexität von
Umweltschäden)

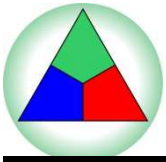
**Aufteilung der Umweltschäden
auf die verschiedenen
Verursacher** kulminierende
Folgen, Abgrenzungsprobleme)

**Monetäre Bewertung der
Schäden**
Was kostet eine ausgestorbene
Rotkehlchenart ?

Heranziehung des Verursachers
(Verursacher existiert nicht
mehr, Bestandsschutz)

Interessenkonflikte
(Arbeitsplätze - Umweltschutz,
finanzielle Belastungen von
Haushalten und Unternehmen)

Überwachungsmöglichkeiten
(Vollzugsdefizit)



Folgen der mangelnden Durchsetzung des Verursacherprinzips

Rogall
2017

Preise von umweltschädlichen Produkten sind zu niedrig

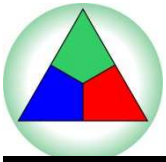
- z.B. Öl
- umweltfreundl. Produkte zu teuer (Solaranlagen)
→ **Fehlallokation**

Externalisierung führt zu Schäden, die nur

- mit **überproportionalem Aufwand** (Reparatur ist teurer als Vermeidungsmaßnahmen an der Quelle, z.B. Klimaveränderung)
- **gar nicht** mehr beseitigt werden können (Artensterben).

Verteilungsungleichheiten nehmen zu,

- da einkommensschwächere Schichten (z.B. Wohnlage) Umweltschäden besonders ausgesetzt sind.



Grundlagen der Akteursanalyse

Rogall

2017

Theorien der menschlichen Verhaltensweisen in Gruppen

Traditionelle Ökonomie

- Wirtschaftsakteure: eigennutzstrebend
- Staat: extern & Gemeinwohlorientiert

Ökonomische Theorie der Politik

- Public Choice Ansatz
- Spezifische Interessen der eigennutzstrebenden Akteure

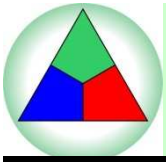
Systemtheoretischer Ansatz von Luhmann

- Individuen als bel. austauschbare Funktionen ihres gesellschaftl. Subsystems, das die Einhaltung der Normen verlangt

Nachhaltige Ökonomie

- Homo oeconomicus existiert nicht
- Eigennütziges UND idealistisches Handeln (homo cooperativus)

Ziel sollte es sein das menschliche Verhalten ganzheitlich und vollständig zu Erklären



Faktoren des Politikversagens (NaÖk)

Rogall
2014

Sozial-ökonomische Faktoren (z.B. Externalitäten)

Machtfülle einzelner Interessengruppen

Personelle Durchdringung

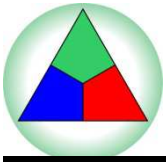
Medienopportunismus

Opportunismus der Mitte

Wahrnehmungsprobleme

Zielkonflikte zw. den Politikfeldern

Knappe Ausstattung der Parlamentarier



Zusammenfassung und Fazit

Rogall
2017

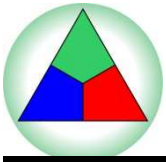
1. Die Nachhaltige Ökonomie erkennt an, dass eine Nachhaltige Entwicklung die Zusammenarbeit vieler Disziplinen benötigt.

2. Die **Umweltpolitik** hat eine Reihe von Umweltschutzprinzipien entwickelt, die bis heute eine wichtige Grundlage zur Einführung von politisch-rechtlichen Instrumenten darstellen: (1) Verursacher-, (2) Vorsorge- und (3) Kooperationsprinzip.

3. Umweltrecht ist (1) zentrales Handwerkzeug zur Einleitung einer Nachhaltigen Entwicklung. (2) Die Verfassung stellt keinen Hinderungsgrund für eine Nachhaltige Entwicklung dar. Die Staatsstrukturbestimmungen zeigen vielmehr die Eingriffsverpflichtung des Staates bei Marktversagen.

4. Naturwissenschaftliche Grundlagen:

(1) Naturgesetze begrenzen künftige ökonomische Entwicklung. (2) Bemühungen diese Grenzen (Umweltschutztechniken) zu überwinden → große Erfolge bei der Schadstoffentfrachtung. (3) Probleme der Übernutzung der natürlichen Ressourcen können sie aber prinzipiell nicht lösen.



Quellen

Rogall
2017

Basis:

Rogall, H. (2012): Nachhaltige Ökonomie, 2. Auflage, Marburg.

Zur Umweltpolitik:

-  Bartmann, H. (1996): Umweltökonomie - ökologische Ökonomie, Stuttgart.
-  Jänicke, M. u.a. (1999): Lern- und Arbeitsbuch Umweltpolitik, Bonn.

Zum Umweltrecht:

-  Klinski, S. (2016): Umweltrecht, Skript.

Zu den naturwissenschaftlich-technischen Grundlagen:

-  Förstner, U. (2011): Umweltschutztechnik, Berlin, Heidelberg.

